

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Die Reichsregierung hat beschlossen, die...

Zur Regierungsfrage.

Wichtig über die Richtlinien des Regierungsprogramms.

Berlin. (Hauptstadt) Die Besprechung des Reichstages...

Roth bei Marx.

Berlin. (Hauptstadt) Reichsanwalt Dr. Marx...

Die heutigen Fraktionsbesprechungen.

Berlin. (Hauptstadt) Die Fraktion der Reichstags...

Aus dem Reichstag.

Berlin. (Hauptstadt) Nach einem Briefe des Reichstages...

Deutscher Reichstag.

Berlin, 26. Januar, 3 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des von der Wirtschaftlichen Vereinigung eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Reichsversicherungs-Gesetzes.

Der Ausschuss verlangt in einer Entschließung eine Vorlage auf Konfessionierung des Detektivgewerbes. Abg. Nöcker (Komm.) beantragt eine Bestimmung, wonach die Ermittlung von Personal für das Bewachungsgewerbe nur durch die öffentlichen Arbeitsnachweise zulässig sein soll.

Der kommunistische Antrag wird im Gesamtvotum mit 105 gegen 97 Stimmen abgelehnt. Der Gesetzentwurf wird in zweiter und dritter Beratung angenommen, ebenso die Ausschuss-Entschließung.

Schutz für Mutter und Kind

kommt dann zur zweiten Beratung. Der Entwurf sah neben Fürsorgemaßnahmen für Schwangere, Mütter und Säuglinge auch die Strafbarkeit der Arbeitsverhinderung. Der Reichstag hat die Vorlage abgelehnt und in einer Entschließung die Regierung ersucht, eine Denkschrift über den Stand des staatlichen Mutter- und Kindes-Schutzes vorzulegen.

Abg. Frau Knecht (Soz.) verlangt schleunige und gründliche Ausdehnung der staatlichen Fürsorgemaßnahmen für Mutter und Kind. Die Abg. Frau Dr. Böders (Dem.) hebt gleichfalls die Notwendigkeit verstärkter Fürsorge hervor.

Abg. Frau Knecht (Soz.) erinnert an die umfangreiche Tätigkeit der privaten und kirchlichen Wohlfahrtsverbände. Abg. Frau Knecht (Komm.) lehnt die private Fürsorge als unzureichend ab und verlangt staatliche Hilfe.

Abg. Frau Knecht (Soz.) beantragt, die Angelegenheit noch einmal vom Ausschuss behandeln zu lassen. Abg. Frau Knecht (Soz.) wendet sich gegen den Ausschussantrag, soweit er ein neues Fürsorgengesetz verlangt.

Bei der Abstimmung wird von der Ausschuss-Entschließung nur der Teil angenommen, der die Denkschrift fordert. Das Verlangen eines Fürsorge-Gesetzentwurfes wird gegen Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Die Kommunisten sahen: „Der Reichstagsbeschluss ist fertig!“

Hierauf wird ein Antrag des Ausschusses für Ostpreußen angenommen, der die Regierung ersucht, auf die Deutsche Reichsbahn dahin einzuwirken, daß sie die durch die neue Verstaatlichung im Osten notwendig gewordenen Bahnarbeiten in Angriff nehmen möge.

Um 10 Uhr verläßt das Haus am Mittwoch, 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Der Etat des Auswärtigen Amtes

im Haushaltsausschuss.

Berlin. Der Haushaltsausschuss des Reichstags begann am Dienstag die Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes. Die Ausführungen des Berichterstatters Abg. Dr. Goesch (Dr.) waren teilweise vertraulich. Der Berichterstatter Abg. Dietrich-Baden begrüßte es, daß die Einnahmen aus Vorkaufspreisen zurückgegangen seien, also die Erschöpfung des Grenzverkehrs gemildert sei.

Minister Dr. Stresemann betonte, daß die politische Vertretung gegenüber dem Wirtschaftlichen nicht zurücktreten dürfe, wenn auch für manche Länder starke wirtschaftliche Interessen beständen. Er sei nicht der Meinung, daß junge Beamte repräsentieren müßten. In manchen Ländern seien Botschafter nicht zu entbehren. Der von der Stadt Berlin geplante Durchbruch durch die Wilhelmstraße aus Verkehrssicht würde die Arbeit des Auswärtigen Amtes schwer schädigen. Abg. D. Dr. Schreiber (V.) trat für Verbesserung der Nachrichtenübermittlung über den Außenhandel ein. Abg. v. Heinebaben (D. Vp.) erörterte die Frage der Sozialattachés und wirtschaftlichen Sachverständigen und stimmte dem Minister darin bei, daß der Durchbruch durch die sogenannten Ministergärten eine Gefährdung der Arbeit des Auswärtigen Amtes sei. Abg. Erling (V.) befürwortete die Einrichtung von Sozialattachés bei den deutschen Missionen. Bei der Veranstaltung der jungen Kräfte zum Auslandsdienst dürfe nicht auf eine enge gesellschaftliche Schicht zurückgegriffen werden. Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) betonte die immer mehr zunehmende Wichtigkeit der wirtschaftlichen Fragen und nannte den Gedanken der Sozialattachés außerordentlich erwidenswert. Bei der Auswahl des Diplomatennachwuchses dürfe nicht auf die Vermögensverhältnisse des Kandidaten Rücksicht genommen werden, der Beamtenstand des Auswärtigen Amtes müsse der überwiegende plattformatische Charakter genommen werden. Der Redner regte eine jährliche Zusammenstellung der Verträge und ausgetauschten Noten an.

Minister Dr. Stresemann erklärte diese Anregung als sehr beachtlich. Bezüglich der Reorganisation von Sozialattachés sei zu betonen, daß auch jetzt schon in den Berichten der Missionen die wirtschaftlichen und sozialen Fragen eine besondere und sehr ausführliche Rolle spielen. Die Grenzen zwischen Wirtschaft, Sozialpolitik und Politik seien naturgemäß durchaus fließend und die Schaffung von Sozialattachés würde lediglich künstliche Trennungen auf einem sonst durchaus einheitlichen Arbeitsgebiet bedingen. Bei der Neueinstellung von Attachés ins Auswärtige Amt werde lediglich auf Vorbildung, Eignung und Mündigkeit gesehen, keineswegs aber auf Angehörigkeit zu irgend welchen gesellschaftlichen Schichten.

Hierauf wurden die Beratungen vertagt.

Ein Interblew mit Dr. Stresemann.

London, 26. Januar. In einem Interview mit dem Berliner Vertreter der Times wendet sich Dr. Stresemann gegen gewisse im Zusammenhang mit der Regierungskrise im Ausland aufgetretene Irrige Meinungen über die Beziehungen der britischen und deutschen Außenpolitik.

Er erklärt: Die Ursachen der Krise liegen ausschließlich auf innerpolitischem Gebiet. Auf außenpolitischem Gebiet hat sich seit geraumer Zeit eine sehr große Reibtheit für die von mir in Übereinstimmung mit dem Reichskanzler getätigten und vom Reichspräsidenten gebilligten Politik herausgebildet, wie dies auch der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Dezember im Reichstage unwiderrufen festgestellt hat. Demgemäß galt es bei allen Verhandlungen über die Neubildung des Kabinetts als selbstverständlich, daß die folgerichtige Einhaltung der bisherigen außenpolitischen Linie unbedingt gewährleistet werden muß. Jeht, wo die inneren Widerstände gegen meine Außenpolitik so sehr zusammengedrückt sind, kann kein Vernünftiger annehmen, daß ich mich von dem klar vorgezeichneten Wege abdrängen lasse. Das gleiche gilt vom Reichskanzler Marx. Entschieden lehnt er den Gedanken ab, daß die Fortführung der Locarno-Politik Deutschland hinsichtlich des Spielens seiner parlamentarischen Einrichtungen Bindungen irgendwelcher Art auferlege, die jede andere Locarno-Politik wie überhaupt jeder souveräne Staat weit von sich weisen würde, und last schließlich: Wenn jetzt die Deutsche nationale Partei die Opposition aufgibt und wieder in die Regierung eintritt und wenn dies, wie unabweislich feststeht, unter Beibehaltung des bisherigen Kurses der auswärtigen Politik geschieht, so bedeutet dies doch in außenpolitischer Hinsicht nichts anderes, als daß sich seit dem Oktober 1926 in Deutschland ein bedeutender Wandel vollzogen hat. Es ist ein Beweis dafür, daß auch in weiten Kreisen, die hinter der Deutschen nationalen Partei stehen, inzwischen das Verständnis für die Locarno-Politik lebendig geworden ist und daß sich diese Politik in Zukunft sowohl im Parlament als auch in der Öffentlichkeit auf eine ganz überwiegende Mehrheit stützen kann.

Darauf es ankommt, ist, daß das in Locarno begonnene Werk der europäischen Verständigung nur vorwärtigen kann, wenn es unabhängig bleibt vom Wechsel der Parteienkombinationen, immer vorausgesetzt natürlich, daß sich in jedem Vertragsknoten die an der Regierung befindliche Gruppierung unabweislich zum Locarno-Werk und seiner Durchführung bekennt.

Der Landtag zu sozialen Fragen.

Die Verhältnisse in den Landesanstalten betr. — Beantwortungen.

M. Dresden, 26. Jan. 1927.

Den ersten Punkt der Beratung bildet die bereits bekannte Vorlage über die Aufnahme eines neuen Titels bei Kap. 28 des Staatshaushaltsplanes für 1927, betr. einen einmaligen Sonderzuschuß an Bezirksfürsorgeverbände zur Bewilligung von Winterbeihilfen an notleidende Bedürftige für 1926/27. Es sollen eine Million Mark für diese Zwecke eingekürzt werden.

Abg. Dr. Schminke (Komm.) bemängelte, daß die Regierung die Vorlage nicht einmal begründe. (Lärm: Die Begründung ist gedruckt!) Er verlangt von der Regierung die Durchführung des am 16. Dezember 1926 angenommenen sozialdemokratischen Antrags auf Bereitstellung von 10 Millionen Mark.

Finanzminister Debes erklärt, die Vorlage sei nicht von ihm, sondern von dem geschäftsführenden Ministerium eingebracht worden. Die Vorlage sei eingehend schriftlich begründet worden; weitere Erklärungen werde er (der Minister) im Ausschuss geben.

Abg. Müller-Planitz (L.-Soz.): Die Erklärung des Finanzministers zeige, daß das neue Kabinett recht gleichgültig sei; weitere Ausführung des Landtagsbeschlusses vom 16. Dezember.

Abg. Geller (D.D.P.): Wenn den linken Parteien wirklich daran liegt, den Notleidenden zu helfen, dann wäre es am besten, sie beauftragten sich mit dem, was jetzt zur Verfügung gestellt werden könne.

Abg. Dr. Damsch (D.D.P.) erklärt, seine Freunde würden gern den Notleidenden helfen; das könne aber nur im Rahmen des Möglichen geschehen.

Abg. Dr. Schminke (Komm.) bezeichnet die Aufwertungspartei und die K.S.P. weil sie sich nicht für Ausschüttung der bewilligten 10 Millionen Mark einsetzten, als Verzeirer und ganz gemeine Demagogen. (Der geschäftsführende Präsident Götting erklärt diese Ausdrücke für unzulässig.)

Abg. Rad (Kaufm.-V.): Die Beschlüsse des Vorstandes seien nicht weiter als Schminke für die Tribünen. (Beifall.) Das Geld komme nur von der Enteignung der Sparer her. Seine Freunde würden die Vorlage der Regierung ablehnen, weil die Regierungsvorlage nicht im entferntesten der Summe gleichkomme, die am 16. Dezember bewilligt worden sei.

Die Vorlage wird hierauf an den Haushaltsausschuss A verwiesen.

Es folgt die Beratung des linkssozialistischen Antrags auf

Einführung eines Untersuchungsausschusses über die Verhältnisse in den städtischen Gefangenen- und Strafanstalten, Heil- und Pflegeanstalten, sowie Fürsorgeerziehungsanstalten.

Abg. Nea (L.-Soz.) begründete den Antrag. Der Ausschuss werde sehr wichtige Arbeit zu leisten haben.

Abg. Berg (Dn.): Seine Partei halte den Antrag für sehr überflüssig. Es gebe Ausschüsse genug, die in der Lage seien, die Maßnahmen der Regierung zu prüfen.

Abg. Siwert (Komm.) verlangt, daß der Ausschuss vor allem die Verhältnisse in Waldheim prüfe; dort herrschten große Übelstände. Selbst das zaristische Ausland habe mehr Verständnis für die Lage der Gefangenen gezeigt, als die gegenwärtige sächsische Regierung.

Justizminister Heineke: Die Regierung habe den geforderten Ausschuss nicht zu scheuen; aber es komme nicht dabei heraus. Hier handelt es sich um die Justizverwaltung. Die Regierung kündige den Besuch eines Landesauschusses in den Anstalten nicht an, wohl aber wüßten es die kommunalistischen Gefangenen vorher. (Lärm: Hört! Hört!) Der Minister geht dann nochmals auf die Reden der kommunistischen Zeitungen von angeblichen Morden im Justizhaus Waldheim ein, die bereits durch die Nachrichtenstelle als große Fälschungen gekennzeichnet worden sind. Der Minister weist die gegen die Justizverwaltung erhobenen Anschuldigungen als ungeschicklich zurück. Die Regierung beschäftige sich dauernd mit den Fragen der Verbesserung des Strafvollzuges. Sein Ideal sei der Ausbau eines großen Zentralgefängnisses, vielleicht in Waldheim, dort könnten die notwendigen Verbesserungen eingeführt werden. Die Behandlung in den sächsischen Gefängnissen sei eine Humane.

Minister des Innern Dr. Dehne weist die kommunistischen Angriffe auf die Beamten der Heil- und Pflegeanstalten entschieden zurück. Es gebe nicht an, daß auf die Angaben eines geisteskranken Verbrechers hin die Ehre der Beamten in den Schmutz getreten werde. Abg. Siwert ruft: Sie alter Idiot! (Er erhält einen Ordnungsruf durch den Präsidenten Schwarz.)

Dann spricht noch einmal Abg. Dr. Schminke. Als er trotz seiner lauten Stimme sich gegenüber den Zurufen seiner kommunistischen Freunde nicht durchsetzen kann, ruft er diesen ärgerlich zu: Daltet doch einmal ein bißel den Mund! (Beifall.)

Handlungen über die Neubildung des Kabinetts als selbstverständlich, daß die folgerichtige Einhaltung der bisherigen außenpolitischen Linie unbedingt gewährleistet werden muß. Jeht, wo die inneren Widerstände gegen meine Außenpolitik so sehr zusammengedrückt sind, kann kein Vernünftiger annehmen, daß ich mich von dem klar vorgezeichneten Wege abdrängen lasse. Das gleiche gilt vom Reichskanzler Marx. Entschieden lehnt er den Gedanken ab, daß die Fortführung der Locarno-Politik Deutschland hinsichtlich des Spielens seiner parlamentarischen Einrichtungen Bindungen irgendwelcher Art auferlege, die jede andere Locarno-Politik wie überhaupt jeder souveräne Staat weit von sich weisen würde, und last schließlich: Wenn jetzt die Deutsche nationale Partei die Opposition aufgibt und wieder in die Regierung eintritt und wenn dies, wie unabweislich feststeht, unter Beibehaltung des bisherigen Kurses der auswärtigen Politik geschieht, so bedeutet dies doch in außenpolitischer Hinsicht nichts anderes, als daß sich seit dem Oktober 1926 in Deutschland ein bedeutender Wandel vollzogen hat. Es ist ein Beweis dafür, daß auch in weiten Kreisen, die hinter der Deutschen nationalen Partei stehen, inzwischen das Verständnis für die Locarno-Politik lebendig geworden ist und daß sich diese Politik in Zukunft sowohl im Parlament als auch in der Öffentlichkeit auf eine ganz überwiegende Mehrheit stützen kann.

Darauf es ankommt, ist, daß das in Locarno begonnene Werk der europäischen Verständigung nur vorwärtigen kann, wenn es unabhängig bleibt vom Wechsel der Parteienkombinationen, immer vorausgesetzt natürlich, daß sich in jedem Vertragsknoten die an der Regierung befindliche Gruppierung unabweislich zum Locarno-Werk und seiner Durchführung bekennt.

Da mehr als das erforderliche Drittel der Abgeordneten den Ausschuss wünscht, wird er in einer der nächsten Sitzungen gebildet werden.

Weiter beantragt die linkssozialistische Fraktion die Einführung eines Sonderauschusses für die Behandlung der Besoldungs- und Beamtensfragen. Der Antrag findet ohne Aussprache einstimmig Annahme.

Ein Antrag der Deutschen Volkspartei fordert, die Regierung zu ersuchen, für den Fall, daß die Fortsetzung des Staatshaushaltsplanes für das Jahr 1927 in kürzester Zeit nicht möglich ist, diejenigen Teile, durch deren Verabschiedung staatliche Aufträge zur

Hebung des Arbeitsmarktes

verteilt werden können, vorab schnellstens dem Landtag zur Beratung und Verabschiedung zu unterbreiten.

Abg. Bolat (D.D.P.) begründet den Antrag und hebt hervor, daß die Zahl der Erwerbslosen seit Dezember vorigen Jahres wieder auffällig ansteigt. Zahlen habe zu Beginn des laufenden Jahres 208 300 Hauptunterstützungsempfänger, zu denen 197 942 Zuschlagsempfänger hinzutreten. Sachsen weist zwar nur etwa ein Zwölftel der Reichsbevölkerung auf, aber auch ein Neuntel aller deutschen Erwerbslosen auf. Hier äußere sich Sachverständiger auf Grund der Fertigungsindustrie, die stark auf den jetzt geschwächten Binnenmarkt und auf den Export angewiesen sei. Erschreckend groß sei die Stellenlosigkeit unter den Arbeitslosen. Unter 28 025 Arbeitstuchenden in Dresden befänden sich 5104 oder 18 v. H. Angeheilt. Diese Zahl sei besonders hart betroffen; sie leide unter der allgemeinen Not verhältnismäßig am härtesten. Der Redner zählte eine ganze Anzahl Haushaltskapitel auf, durch deren abschließende Verabschiedung und Veranschlagung der dort einzuleistenden Beiträge ungeachtet der späteren Verabschiedung des Etatsgesetzes ansehnliche Geldkosten zur Hebung des Arbeitsmarktes flüssig gemacht werden könnten. In Frage kommen in erster Linie die Kapitel Arbeitsvermittlung, Arbeiterlohn, Zuschüsse zur produktiven Erwerbslosenfürsorge, Aufwendungen für Arbeitsbeschaffung im Zusammenhang mit Bauten von Amtsgebäuden, Schulen, Anstalten, Schulen, Museen und deren Ausstattungen. Die Deutsche Volkspartei werde dafür eintreten, daß die produktive Arbeit schaffenden Haushaltskapitel in den Ausschüssen vorweg beraten und verabschiedet würden, damit staatsfeindlich nichts unterbleibe, was den Arbeitsmarkt beleben könne.

Finanzminister Debes: Der Antrag werde sich dadurch erledigen, daß die Regierung hoffe, den Haushaltsplan noch im Laufe dieser Woche dem Landtage vorlegen zu können. — Der Antrag geht an den Haushaltsausschuss B.

Erwerbslosigkeit im sächsischen Malergewerbe

begründet Abg. Nagel (Komm.). Er fordert u. a. die Landbauämter und Gemeindebehörden anzuweisen, die in allen staatlichen Gebäuden notwendigen Malerarbeiten sofort vorzunehmen.

Ministerialrat Haake: Die Erwerbslosigkeit im sächsischen Malergewerbe sei zweifellos sehr groß, aber nicht größer als in anderen Berufen des Bauwesens. Die Regierung sei bereit, das Malergewerbe durch Zuteilung von Arbeiten in staatlichen Gebäuden zu unterstützen. Zur Anweisung der Gemeinden sei die Regierung nicht befugt. — Der Antrag wird dem Haushaltsausschuss B überwiesen. Zu dem kommunistischen Antrag auf Lohnkürzung der Bergarbeiter nach dem Reichsknappheitsgesetz erklärt ein Regierungsvortragender, der Reichsknappheitsverein habe sich mit der Angelegenheit beschäftigt und dem Reichsarbeitsminister Bericht erstattet. Das sächsische Finanzministerium sei nicht befugt, die getroffene Entscheidung abzuändern. Er bitte deshalb um Ablehnung des Antrags. Auch dieser Antrag geht an den Haushaltsausschuss B.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildet ein kommunistischer Antrag über die

Abbaumassnahmen der Reichsbahnaktiengesellschaft.

Ein Regierungsvortragender weist auf die Beschlüsse des Reichstages in vorigem Jahre hin, die Reichsbahnaktiengesellschaft anzuweisen, daß der Abbau besonders in den Eisenbahnwerkstätten möglichst vermieden werde, daß ferner den Arbeitern, die entlassen werden müßten, eine ausreichende Unterstützung gewährt und daß entlassene Arbeiter, die länger als 20 Jahre Dienst getan haben, einen angemessenen Ruhegehalt erhalten. Darauf habe die Reichsbahn A.-G. geantwortet, daß ein Abbau sich nicht ganz vermeiden lasse. Die sächsische Regierung würde es bedauern, wenn die Entlassung langjähriger Arbeiter nicht vermieden werden könnte und sie wird auch weiterhin in diesem Sinne auf die Reichsregierung einwirken.

Nach längerer Aussprache geht auch dieser Antrag an den Haushaltsausschuss B.

Nächste Sitzung Dienstag, den 1. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Die Wirren in China.

England gibt Hankau auf.

Berlin. Nach einer Meldung der Morgenblätter aus Peking ist über Hankau eine Einigung erzielt worden. Die Engländer liefern praktisch die Konzeption der Chinesen aus und behalten nur einige Sitze in der Verwaltung. Peking erwidert, daß eine sofortige Einigung über Hankau notwendig sei, da die Kantontuppen vor Shanghai, dem Schlüssel zu Schanghai, stehen.

Die Missionen verlassen das Kantondelta.

London. (Funkspruch.) Weiter berichtet aus Hongkong, die Klärung des Kantondeltas durch die ausländischen Missionen wird für ratsam erachtet. Man erwartet, daß die Flüchtlinge demnach in Hongkong eintreffen werden.

Der Schutz der internationalen Konzeption in Schanghai.

London. (Funkspruch.) Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph schreibt, die weitverbreitete Meinung, daß die britischen Truppen sich einem Zurückziehen der Konzeption in Schanghai nicht widersetzen würden, sei in dieser Form irreführend. In der Vorrede in der chinesischen Zeitung und der Brooding Schanghai werde sich Großbritannien nicht einmischen, aber der Gedanke, es würde gebildet werden, daß Konzeption die internationale Niederhaltung überlassen und den ausländischen Gemeindegovernor abgeben könnten, müsse unbedingt zurückgewiesen werden.

Die Reichsfinanzminister

Abg. Berlin. Der Reichsfinanzminister Dr. Brüning hat heute, wie wir gestern berichtet haben, auf der Reichsversammlung der Reichsfinanzminister im Hotel de Ville in Paris eine neue Reichsanleihe im Betrage von 500 Millionen anzufragen. Die Anleihe soll im Laufe des Jahres 1927 ausgeben werden. 200 Millionen werden freihändig aufgelegt, 300 Millionen sind von dem Rentenfortium, das gewöhnlich Reichsanleihen abzurufen hat, zu übernehmen. Daraus ist zu erkennen, daß die Banken die absolute Sicherheit haben, daß die Reichsanleihe Erfolg haben wird. Der Reichsfinanzminister hat und die Gründe auseinandergesetzt, weshalb er sich zu dieser Anleihe gerade jetzt entschlossen hat, obwohl er nur geschäftsführender Finanzminister ist. Er weiß davon, daß der Geldmarkt sich im Augenblicke nicht klemmt und die augenblickliche Inflationskurve des Geldmarktes, die zu dem Umlauf veranlaßt hat, vielleicht nicht so lange dauern wird, bis die Inflationskurve abgeklungen ist, zumal auch die Verhandlungen über die Anleihe, die dann einsehen müßten, längere Zeit erfordern würden. Es war daher nicht nur das Recht, sondern die Pflicht des geschäftsführenden Reichsfinanzministers, die günstige Situation auszunutzen und die Anleihe abzuschließen.

Die Gründe für die Anleihe liegen nicht darin, daß das Reich sich einen unerwarteten Geldbedarf hat, denn von der Seite des Geldbedarfes haben sich die Verhältnisse genau so entwickelt, wie der Finanzminister schon im Sommer und Herbst vorhergesagt hat. Aber es waren drei andere Gründe, die den Finanzminister zum Abschluß der Anleihe veranlaßten.

Erstens hat der Reichsfinanzminister bekanntlich die Ermächtigung zur Ausgabe von 500 Millionen RM. Anleihe für 1926 und er wird voraussichtlich für 1927 für weitere 500 Millionen RM. ermächtigt werden, die das Reich zur Deckung seiner außerordentlichen Ausgaben zwecks des im kommenden Jahre nötigen haben wird. Der Reichsfinanzminister wünschte, das Demofestgesetz einer so großen Anleihe, die ja immer auf dem Markt laßt, alsbald von dem Markt zu nehmen. Darum sollte er sich entschlossen, die Reichsanleihe nicht freihändig auszugeben, sondern mit einem Male den Gesamtbedarf für das Jahr 1927. Voraussichtlich wird die Industrie in diesem Jahre einen starken Funktionsbedarf haben, und die Anforderungen an den Geldmarkt werden sehr groß sein. Da ist es wertvoll, daß die Abkämpfung des Geldmarktes für das Reich ein für allemal fehlte.

Der zweite Grund für die Anleihe war der, daß der Finanzminister trotz dauernder Anpassungen von allen Seiten die Anleihe gedrückt hat, weil er eine Reichsanleihe mit dem Zinssatz von 5 Prozent auflegen wollte und im Jahre 1926 diese Möglichkeit zweifellos noch nicht bestand. Der Minister glaubt, dem Reich und den Steuerzahlern für die Dauer recht viel Geld erspart zu haben, dadurch, daß er nicht schon 1926 die vom Ausland angebotenen Anleihen zu 7 Prozent abgeschlossen, sondern gewartet hat, bis er eine fünfprozentige Anleihe zu verhältnismäßig recht guten Bedingungen abschließen konnte.

Der dritte Grund für den Finanzminister war, daß er nicht nur den Finanzbedarf des Reiches für das Jahr 1927 decken wollte, sondern auch bahnbrechend dahin vorgehen wollte, den Zinssatz in Deutschland herunterzudrücken. Das soll besonders mit Rücksicht auf den Realzins geschehen, weil sowohl für die Landwirtschaft wie auch für den Hausbau die bisherigen Zinssätze sehr schwer gewirkt haben, und für den Realzins ein Zinssatz notwendig ist, der nicht wesentlich über dem Zinssatz der Welt liegt.

Die Verzinsung muß der Landwirtschaft und dem Hausbau die Möglichkeit bieten, mit geringeren Zinsen zu bauen. Ausschlaggebend war demnach für den Finanzminister, daß eine Anleihe zu fünf Prozent abgeschlossen werden konnte, weil damit wieder ein Standardzinssatz für Deutschland geschaffen werden kann.

Reform des Ehevertragsrechts.

Abg. Berlin. Der Reichsminister des Reichstages beschäftigt sich am Dienstag mit Anträgen der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten auf Erleichterung des Ehevertrags.

Eingeleitet wurde die Aussprache durch eine mit großer Aufmerksamkeit aufgenommene Rede des Ausschussvorsitzenden Abg. Dr. Kahl (D.D.P.), der erklärte, daß er nur für seine Person spräche. Der Redner wies zunächst darauf hin, daß die Schweiz, Norwegen, die Tschechoslowakei, Schweden und zuletzt Dänemark die objektive Herrschaft der Ehe als Ehevertragsrecht rechtlich eingeführt hätten, und führte dann weiter aus:

In der Anerkennung der Notwendigkeit einer Erweiterung der Ehevertragsrechte stimme ich mit den vorliegenden Anträgen überein. Als Ursache schuldloser Beseitigung der Ehe habe ich nach meinen Erfahrungen als Lehrer des Rechts, wodurch ich der Vertrauensmann von vielen wurde, u. a. festgestellt: übertriebene Eheschließung, wachsende Unvereinbarkeit der beiden Temperamente und Charaktere, Konfessionswechsel bei einem Teils und schwere religiöse Konflikte wegen der Kindererziehung, Verteilung unglücklicher Umstände, wie plötzliche Verarmung, unverschuldet erworbene widerliche Krankheit (Geschlechtskrankheiten fallen nicht darunter), Entwicklung unheiliger psychopathischer Zustände, die die Grenzen der geistlichen und geistig normalen Veranlagung längst überschritten, andererseits die Höhe einer geistigen Erkrankung nicht erreicht haben. In neuerer Zeit hat sogar die Politik eine Rolle gespielt. Mir sagte ein Mann, er könne seiner Frau keinen Vorwurf machen, sie sei Idealistin; aber eine Veränderung mit ihr sei bei ihrer politischen Einstellung ganz unmöglich. Wenn jetzt ein Ehevertragsprozess verloren wird, wegen ungenügender Schuldbeweise oder Kompensation der Schuld, so muß die Ehe fortgesetzt werden. Es läßt also eine Lücke zwischen Leben und Recht, deren Ausfüllung notwendig ist. Eine Veränderung anseher Ehevertragsrecht muß einleiten, zweifellos ist nur das Ehe.

Der Redner wandte sich gegen die vorliegenden Anträge und führte aus: Ich will dem bestehenden Paragrafen 1508, der die schuldlose Eheerrücktritt betrifft, die objektive Eheerrücktritt hinzusetzen. Es wäre ein Abzins anzufragen, worin gesagt wird, daß auch dann auf Scheidung gelangt werden kann, wenn ohne nachweisbares Verschulden des einen oder anderen Teiles eine derartige Beseitigung des ehelichen Verhältnisses eingetreten ist, daß eine dem Sinn der Ehe entsprechende Fortsetzung der ehelichen Gemeinschaft nicht erwartet werden kann und wenn außerdem die Ehegatten bereits mindestens ein Jahr vor Erhebung der Ehevertragsklage getrennt gelebt haben, daß die Scheidung dem Gericht einen rechtmäßigen Vertrag vorgelegt haben, worin die gegenseitige Unterhaltspflicht, die Unterhalt und Erziehung der Kinder geregelt ist. Jeder Ehegatte müßte das Recht haben, einen Antrag auf Scheidung wegen objektiver Beseitigung zu stellen.

Der Redner wies dann die religiös-moralischen Einwände zurück, die sowohl von evangelischer wie katholischer Seite gegen eine Reform der Ehevertragsrechte vorgebracht werden und erklärte die Befürchtung für unbegründet, daß durch die Einföhrung von dem ihm angegebenen Ehevertragsrecht eine ungesunde Vermehrung der Scheidungen eintreten würde.

Im Verlauf der Erörterungen stimmte Abg. Großauf (Dem.) dem Vorstehenden im allgemeinen zu. — Abg. Groß-

7. Göttinger Landwirtschafliche Woche.

19. Dresden. Im weiteren Verlauf der Tagung eröffnete mit einer kurzen Ansprache Präsident Götting die

Aussprache des Landwirtschaflichen Vereins für Sachsen, wobei er betonte, daß der Landwirt sich immer mehr der großen Bedeutung des Landes bewußt werden müsse. Im Anschluß daran sprach Universitätsprofessor Dr. Götting, der die Bedeutung der Woche für die Landwirtschafliche Bewegung in Sachsen betonte, und die Bedeutung der Woche für die Landwirtschafliche Bewegung in Sachsen betonte, und die Bedeutung der Woche für die Landwirtschafliche Bewegung in Sachsen betonte.

Vollversammlung leitete die

Generalversammlung des Landesvereins Sachsen für Landwirtschafliche und Heimatspflege ein. Das Vorkonferenzmitglied Bedner Heilig (Dauhen) wünschte, daß das Land in enger Verbindung mit dem Verein bleiben möge und daß der Verein dazu beitrage, daß die Erneuerung des Vaterlandes aus deutschem Geiste und Gemüt erfolge. Nachdem der Tagesleiter Bericht erstattet war, folgten zwei Vorträge über das Thema: Die Trennung von Kirche und Staat und ihre Auswirkung auf die landwirtschafliche und Heimatspflege. Dampfbühler von Kirchbach führte aus, daß das kirchliche Leben nicht allein in den Städten, sondern auch auf dem Lande immer mehr schwände, zwischen Kirche und Volk sei eine Spannung eingetreten. Durch die Verfassung von Weimar sei die Kirche freie Selbständigkeit neben dem Staate gewährleistet. Ein Sachverhalt sei die Trennung am 31. Oktober 1926 erfolgt. Man könne heute zwei Richtungen verfolgen, die man als eine landwirtschafliche und als eine kirchliche bezeichnen könne. Die schwere Aufgabe der Kirche sei, die Kirche wieder im ganzen Volk lebendig zu machen, an der Fühnung dieser dreuzweigen Frage sei auch die landwirtschafliche und Heimatspflege beteiligt. Herr Dr. Bodenheimer (Schwarzwald) legte u. a. dar, daß der deutsche Staat ein Wohlfahrtsstaat geworden sei, der aber diese Pflicht lediglich als Sparmaßnahme betrachte. Deshalb müßte die Kirche hier von sich aus einfordern und es sollte vor allem neben der kirchlichen auch die weltliche Not zu mildern. Die Wohlfahrtsfrage müsse auf der nächsten Seite sich aufbauen, diese aber sei nur echt in Christus vorhanden. Rathaus und Pfarrhaus, Staat und Kirche hätten sich nicht einander bedecken und in geistlicher Arbeit zusammen wirken zum Segen für das ganze Volk.

Minister Stichflieger über den Wohnungsbau.

Berlin. Der preussische Wohlfahrtsminister erklärte gestern in einer Landtagsrede, daß in den ersten neun Monaten 1926 117000 Wohnungen besetzbar geworden seien, von denen 90000 mit Hilfe öffentlicher Mittel errichtet worden seien. Am 1. Oktober 1926 seien 90000 gegen 81000 Wohnungen am 1. Oktober 1925 in Bau gewesen. Für dieses Jahr händen 200 Millionen RM. für die Bauwirtschaft zur Verfügung. Bis zum 31. Dezember 1926 sei die Haussteuer leicht gemacht. Da der Zinssatz für die Hypothekendarlehen vom 1. Januar 1926 ab von 8 auf 5%, erhöht werde, so ergebe sich daraus eine Erhöhung der Miete vom 1. Januar 1926 ab um etwa 8%. Über die Mietsteigerung nach dem 1. April 1927 läge noch keine Entscheidung vor. Auf dem Gebiete der Realpolitik habe sich die Lage ebenfalls gebessert wie die Lage der preussischen Landesplanwirtschaft, deren Oppositorenbestand gegenüber ultimo 1925 jetzt um 19,5 Millionen auf 22,9 Millionen W. gesunken sei. Die Förderung der Bodenwirtschaft habe oft unangenehme Proteste hervorgerufen, denn bis zum 21. Januar seien nur 441 Beschlüsse beim Ministerium eingegangen, darunter 211 aus Groß-Berlin.

Ein Verurteilung von einer Lawine verschüttet.

Berlin. Wie die Morgenblätter aus Tokio melden, ist ein Verurteilung zwischen Tura und Nishio von einer Lawine verschüttet worden. Schlichter Reisende sind wahrscheinlich umgekommen.

Politische Tagesübersicht.

Gedächtnisfeier für den Abgeordneten Gornik. Im Sitzungssaal des früheren Herrenhauses in Berlin fand eine vom Wahlkreis Berlin der Deutschen Volkspartei veranstaltete Gedächtnisfeier für den verstorbenen Abgeordneten des Landtags, Abgeordneter Gornik (D.D.P.), statt, an der zahlreiche Mitglieder der Reichstags- und Landtagsfraktionen teilnahmen. Nachdem der Stadtverordnete Herr Dr. Gornik die Gedächtnisrede gehalten hatte, sprach Reichsaussenminister Dr. Stresemann an Ehren des Verstorbenen, der ein Mitbegründer der Deutschen Volkspartei war. Weiter hielt noch der an Stelle des Verstorbenen in den Landtag eingetretene Herr Dr. Gornik eine Rede.

Die Sozialdemokraten forderten den Aufbruch zum Nationalismus. Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtags erließ in einem Entschließungsantrag zur zweiten Beratung des Wohlfahrtsgesetzes des Staatsministeriums, bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß schleunig durch ein Gesetz die Arbeitslosigkeit im Reich gemäß den Forderungen der Gewerkschaften geregelt wird.

Das die Deutsche Volkspartei für Wiedereinrichtung der Gewerkschaften. Nach den Deutschnationalen und den Demokraten legt nun auch die Deutsche Volkspartei im preussischen Landtag einen Entschließungsantrag vor, der das Staatsministerium ermahnt, die Verordnung des preussischen Wohlfahrtsministers vom 11. November 1926 über die Befreiung der gewerblichen Räume aus der Zwangsverpflichtung dahin abzuändern, daß die vorgezeichnete Frist zur Kündigung auf den 30. September 1927 hinausgeschoben wird. In den Kündigungsbestimmungen ist angedeutet worden, daß auf Verlangen solcher Mieter, für die die Kündigung des Mietverhältnisses die Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Existenz bedeuten würde, das Mietverhältnis auch über den 30. September 1927 bis höchstens zum 31. März 1928 durch das Mietverhältnis verlängert werden kann und zwar unter Bedingung einer den Mietern oder den jeweiligen Verhältnissen entsprechenden angemessenen Miete. Die der Reichsregierung des parlamentarischen Ausschusses in Berlin. Die der Reichsregierung des parlamentarischen Ausschusses in Berlin. Die der Reichsregierung des parlamentarischen Ausschusses in Berlin.

Keine Änderungen in Preußen.

Abg. Berlin. Aus parlamentarischen Kreisen hören wir, daß die Deutschnationalen dem Zentrum gegenüber ihren Wunsch, eine Veränderung der Koalitionsverhältnisse in Preußen herbeizuführen, falls im Reich eine Neheitsregierung aufstehe, bisher nicht wiederholt haben. Der preussische Ministerpräsident Brüning, der die Bildung der Großen Koalition sehr befürwortet hat, war am Dienstag beim Reichspräsidenten, um mit ihm über die parlamentarische Lage in Preußen und im Reich zu sprechen. Das Zentrum hat noch in seiner Weise zu erkennen gegeben, daß es eine Veränderung in der Zusammensetzung der Preussischen Regierung wünscht, da die Zusammenarbeit mit den Demokraten und den Sozialdemokraten reibungslos von statten geht und ein weiteres Verbleiben der Sozialdemokraten an der Verantwortung bezüglich einer Vereinfachung der sozialdemokratischen Reichsregierung vom Zentrum günstig beurteilt wird. Allerdings wäre man bereit, die Koalition in Preußen zu erneuern, falls die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen sich damit einverstanden erklären, daß die Sozialdemokraten mit ihnen zugleich im Kabinett vertreten wären.

Die Reichsregierung bereitet eine Antwort auf die Reichspräsidentenfrage der Presse von Eugen Walther vor, in der betont wird, daß die Bedingungen für die Volksbefragung durch den Verfall der Koalition sehr ungünstig seien und daß der Reichspräsident die Volksbefragung beschleunigen sollte. Eine neue Volksbefragung ist daher ausgeschlossen.

Der Verbandstag der Post- und Telegraphenbeamten.

Für Verfilmung mit dem Zivilianwörterbund. Berlin, 25. Januar. Auf dem Vorberordentlichen Verbandstag des Verbandes deutscher Post- und Telegraphenbeamten wurde die Debatte über die standespolitischen Fragen und die Verfilmung mit dem Zivilianwörterbund am folgenden Abend fortgesetzt. Heute morgen wurde der Verfilmung mit dem Zivilianwörterbund zugestimmt und dann die Aussprache über Personal- und Beförderungsfragen fortgesetzt. U. a. handelt es sich darum, dem Reichsaussenministerium für die beschleunigte Angangnahme der Dienstkostenbewertung einzutreten. Fernerhin sollen Beschlüsse gefaßt werden, die Einzelheiten zu einer neuen Einweisung der Beamten enthalten, die Trennung von Hebe- und Verkehrsbeamten aufhebt. Nach einem Antrag des Bezirksvereins Trier soll der Verband einer Erweiterung der Zahl bestehender Berufsgruppen eingestimmt. Die Debatte beschäftigte sich mit den Forderungen der Beamten, der Bewertung der ersten Fachprüfung und der Wiederstellung der Beamten. Es sollen heute keine Beschlüsse gefaßt werden.

Reparationsfaktierungen im Dezember 1926.

Abg. Berlin. Für Frankreich sind im Berichtsjahr 1926 103 Verträge (darunter 84 Nachträge zu früheren Abschlüssen und 19 Teilannullationen) genehmigt worden. Unter Berücksichtigung der Teilannullationen stellt sich der Wert der genehmigten Verträge auf 104 Millionen RM. Hierdurch wird der Wert somit seit dem Inkrafttreten des Dawesplanes bis zum 31. Dezember 1926 genehmigten französischen Verträge auf 272,8 Millionen RM. erhöht. Die Anzahl der im Dezember genehmigten Verträge ist gegenüber dem Vormonat noch gestiegen, der Gesamtwert dagegen nicht unerheblich gesunken. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, daß in besonders großer Anzahl Verträge mit Kriegsschadensersatz zur Vorlage gelangt sind, welche im allgemeinen Objekte von nicht besonders großer Bedeutung betreffen. Hinsichtlich Belgiens sind im Monat Dezember 146 Verträge (einschließlich von 26 Zulageverträgen) im Werte von 2,8 Millionen RM. genehmigt worden. Hiermit stellt sich der Gesamtwert aller seit dem Inkrafttreten des Dawesplanes genehmigten belgischen Verträge auf 81,8 Millionen RM.

Politische Umgehungen.

Danzig. Vor einigen Tagen fand in Danzig eine Versammlung der Delegierten der polnischen Verfassungskommission auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig statt, an der 11 Delegierte teilnahmen. Nach mehreren Reden wurden eine Reihe von Entschlüssen angenommen, in denen sich die Vereintung an die politischen Parteien in Danzig wendet, politische Arbeit und Vorkämpfe zu beschleunigen. Eine weitere Resolution forderte von der polnischen Regierung, daß die Vermittlungskommission im Danziger Osten für die polnische Handhabung einer solchen Sitzung zu bildenden polnischen Kommissionen ernannt werden sollen und daß bei der Be- und Einsetzung der polnischen Handhabung eine polnische Kommission ernannt werden sollen. Endlich wendeten sich die Delegierten an den Ostpreussischen Senat, daß er die polnischen Arbeiter beschäftige.

Die Danziger Allgemeine Zeitung schreibt hierzu: Diese politischen Forderungen sind eine neue bewusste Provokation und haben nur den Zweck, daß Danzig einseitig und vor allem auch den deutschen Arbeitern in Danzig schaden zu stiften. Der Senat wird mit aller Entschiedenheit darauf zu achten haben, daß die Rechte der Danziger Staatsbürger gegenüber den nicht in Danzig gebürtigen polnischen Arbeitern nicht verletzt werden.

Deutscher evangelischer Gemeindevorstand. Die Landeskirche des deutschen evangelischen Bistums...

Die Zahnärztliche Vereinigung. Die Zahnärztliche Vereinigung hat am 24. Januar...

Die Zahnärztliche Vereinigung. Die Zahnärztliche Vereinigung hat am 24. Januar...

Die Zahnärztliche Vereinigung. Die Zahnärztliche Vereinigung hat am 24. Januar...

Die Zahnärztliche Vereinigung. Die Zahnärztliche Vereinigung hat am 24. Januar...

Die Zahnärztliche Vereinigung. Die Zahnärztliche Vereinigung hat am 24. Januar...

Die Zahnärztliche Vereinigung. Die Zahnärztliche Vereinigung hat am 24. Januar...

Die Zahnärztliche Vereinigung. Die Zahnärztliche Vereinigung hat am 24. Januar...

Die Zahnärztliche Vereinigung. Die Zahnärztliche Vereinigung hat am 24. Januar...

Die Zahnärztliche Vereinigung. Die Zahnärztliche Vereinigung hat am 24. Januar...

Die Zahnärztliche Vereinigung. Die Zahnärztliche Vereinigung hat am 24. Januar...

Die Zahnärztliche Vereinigung. Die Zahnärztliche Vereinigung hat am 24. Januar...

Die Zahnärztliche Vereinigung. Die Zahnärztliche Vereinigung hat am 24. Januar...

Die Zahnärztliche Vereinigung. Die Zahnärztliche Vereinigung hat am 24. Januar...

Die Zahnärztliche Vereinigung. Die Zahnärztliche Vereinigung hat am 24. Januar...

Die Zahnärztliche Vereinigung. Die Zahnärztliche Vereinigung hat am 24. Januar...

Die Zahnärztliche Vereinigung. Die Zahnärztliche Vereinigung hat am 24. Januar...

Die Zahnärztliche Vereinigung. Die Zahnärztliche Vereinigung hat am 24. Januar...

Die Zahnärztliche Vereinigung. Die Zahnärztliche Vereinigung hat am 24. Januar...

Die Zahnärztliche Vereinigung. Die Zahnärztliche Vereinigung hat am 24. Januar...

Die Zahnärztliche Vereinigung. Die Zahnärztliche Vereinigung hat am 24. Januar...

Die Zahnärztliche Vereinigung. Die Zahnärztliche Vereinigung hat am 24. Januar...

Die Zahnärztliche Vereinigung. Die Zahnärztliche Vereinigung hat am 24. Januar...

Strafliches.

Raubüberfall in Hamburg. Gestern nachmittags überfielen zwei Männer den 75 Jahre alten Inhaber eines Zigarrengeschäfts, warfen ihn zu Boden und leiteten den Ueberfallenen. Dann raubten die Verbrecher 450 Mark und verließen das Geschäft. Der alte Herr konnte sich aber bald befreien und Anzeige erstatten.

Wegen Anstiftung zum Vatermorde verurteilt. Vor der Strafkammer des Landgerichtes Schwerin wickelte sich in lechtdägiger Verhandlung ein Strafprozeß ab, dessen Tatbestand ein entsetzliches Bild verrätterter Familienverhältnisse und schwerster Verbrechen beleuchtete. Die Angeklagten, der Landwirt Heinrich Knöke und dessen Ehefrau Ute Knöke geborene Lorenz aus Barnow bei Grevesmühlen hatten sich wegen dreier Verbrechen, der Anstiftung zum Morde, Verlesung zum Meineid und wegen Brandstiftung zu verantworten. Der Angeklagte lebte seit dem Jahre 1919 mit seinem Vater in schwerster Feindschaft und Neide aus Rache, daß dieser ihm den Wunsch auf Ueberweisung der Hofstelle abgelehnt hatte, die auf dem Grundstücke des Vaters gelegene Scheune in Brand. Außerdem veranlaßte er seinen Knecht zur Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung. Im Zusammenwirken mit seiner Frau machte er sich sodann unzähliger Fälle der Anstiftung zum Vatermorde schuldig. Gegen die Belohnung von 1000 Mark forderte der Angeklagte seinen Knecht auf, er solle den Vater des Angeklagten aus dem Hinterhalte erschlagen. Auch einen zweiten Knecht suchte der Angeklagte unter Versprechungen zum Morde zu bewegen. Bald bestimmte er jenen, seinen Vater mit einem Revolver zu erschlagen, bald riet er dem Knecht, den alten Mann mit einer Kübelnacke zu erschlagen, oder ihn aus einem fahrenden Zuge zu stoßen. Ein anderer Mordplan des verbrecherischen Sohnes bezog sich mit der Vergiftung der Familie des Vaters. Der suggestive Einfluß des angeklagten Ehepartners war bei dem Knecht bereits derart stark geworden, daß es beinahe tatsächlich zur Ausführung dieser entsetzlichen Mordtat gekommen wäre. Gestern nacht gegen 12 Uhr wurde das Urteil gefällt. Es lautete gegen den Angeklagten Knöke auf eine Gesamtstrafe von drei Jahren Zuchthaus unter Abkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf vier Jahre. Die angeklagte Ehefrau erhielt wegen Aufforderung zum Morde ein Jahr Gefängnis.

Den Uebermut mit dem Tode bezahlt. Ein 18 jähriges Mädchen in Paris, dem man bei einem beteren Gesage den Vortwurf machte, daß es angeheitert sei, trank, um das Gegenteil zu beweisen, eine Flasche Rum aus und schickte sich dann an, zu tanzen. Rum hatte sie einige Schritte getan, als sie, vom Herzschlag getroffen, tot zusammenbrach.

Ein Mord eines bekannten Schmiedes. Der bekannte schweizerische Bankier und Direktor der Bank Compt. Jodel Dattler hat sich in Florenz erschossen.

Auch Drentheim soll umgetauft werden. Seitdem Christiana in Oslo umgetauft worden ist, sind in Norwegen gewisse Kreise demüht, auch Drentheim seinen alten Namen wiederzugeben. Diese Bewegung hat so zahlreiche Anhänger, daß mit der Namensänderung schon fast als sicher gerechnet werden kann.

Die erste deutsche Weltreise nach dem Kriege. Zum ersten Male wieder seit dem Kriege hat, wie der Nachrichtendienst der Reichszentrale für Deutsche Verkehrswerbung meldet, ein Dampfer unter deutscher Flagge, die „Resolute“ der Japan, eine Weltreise angetreten. Am 20. Januar ist die „Resolute“ in Vellestränge (Norwegen) eingetroffen und nimmt dort den Hauptteil der europäischen Passagiere an Bord. Auf dem Dampfer, der bekanntlich ein Luxusdampfer der verschiedensten Länder der Welt. Den Hauptteil stellen dabei die Amerikaner, unter ihnen prominente Persönlichkeiten aus allen Teilen der Vereinigten Staaten.

Wieder Rosenmontag in Mainz. Zum ersten Male seit der Vorkriegszeit wird in Mainz wieder ein Rosenmontagszug in großem Stile stattfinden. Daran zu tragen ist nicht gekartet, aber die schönen Kostüme werden ein buntes Bild geben. In der Vorkriegszeit sind nach Anweisung der Eisenbahn 50 000 Menschen aus allen Teilen Deutschlands herbeigeführt. In diesem Jahre wird eine noch höhere Teilnahme erwartet.

Ein Jubiläum des Kaffees. Das Jahr 1927 bringt für den brasilianischen Kaffeebau ein Jubiläum. Vor 200 Jahren wurden die ersten Kaffeestraucher von Westindien und Guayana nach Brasilien gebracht. In Ehren des um die Kaffeekultur hochverdienten Dr. Deffert soll im Landwirtschaftlichen Institut von Campinas eine Bronzestatue aufgestellt werden.

Der höchste Schornstein Europas. In Bochum wurde vom Bochumer Verein für Gußstahlproduktion ein Schornstein in Betrieb genommen, der 141 Meter hoch ist, also fast die Höhe des Kölner Doms erreicht. Der Durchmesser des Kiefers beträgt fünf Meter, der Durchmesser der Fundamentplatte 10 Meter. Er dient zur Abführung von Gasen.

Ein galantes Abenteuer vor 100 Jahren. vor Gericht. Vor dem Amtsgericht in Braubach a. Rh. wickelte sich ein interessanter Beleidigungsprozeß ab. Der Redakteur der „Frankfurter Volksstimme“, Dr. Dang, hatte während des Wahlkampfes in der Frage der Fürstenernennung in einer öffentlichen Versammlung im Dorfe Dachsenhausen ein Gerücht erwähnt, wonach ein nassauischer Standesherr während des Wiener Kongresses 1815 dem damaligen Kurfürsten von Hessen-Kassel eine Frem-

den Besatz habe. Ein Nachbarn des Standesherrn stellte deshalb Erklärungen, wurde aber vom Landgericht Wiesbaden auf den Weg der Verurteilung verwiesen. Das Amtsgericht sprach den Angeklagten, ohne daß sich der Gerichtshof zurückgezogen hätte, frei, mit der Begründung, daß der Beklagte gegen den Kläger nichts Ehrenrühriges gesagt habe. Nach der Beweisaufnahme könne es sich nur um einen Vorwurf handeln, der zur Zeit des Wiener Kongresses gelebt habe und in diesem Zusammenhang nicht mehr zu den Klagebegehren gehören könne. Nach dem Strafgesetzbuch seien in einer solchen Angelegenheit nur noch Eltern, Geschwister und Sitten zur Klage berechtigt.

Handel und Volkswirtschaft.

Britische Kaufmannschaft auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1927. Auf der Leipziger Frühjahrsmesse wird diesmal eine antebellische britische Sonderausstellung im Ring-Museum stattfinden. Unter den ausstellenden Firmen befinden sich solche, die Sportartikel, Seifen und Parfümerien, Rohmaterialien und Holzprodukte, indische Kunstgewerbliche Erzeugnisse, alle Arten Rohgummi und Gummiprodukte, elektrische Kabel und Zubehör, Gummi- und Polierstoffe, Textilwaren, Wandstühle und Propagandamaterial zur Messe bringen. Ebenso sind auch eine Eisenbahngesellschaft und die Vertreter maßgeblicher Wirtschaftsleitungen unter den Ausstellern vertreten.

Das Berliner Fremdenjahr 1926. In Berliner Hotels, Gasthöfen, Pensionen, Fremden- und Wohnheimen sind im Jahre 1926 insgesamt 1 008 056 Fremde gegen 1 092 745 im Jahre 1925 vorübergezogen gemeldet worden. Das bedeutet eine Abnahme des Fremdenverkehrs im abgelaufenen Jahr um nur rund 14 000 oder 0,9 Prozent. In diesem Zuwachs haben die deutschen Besucher mit rund 11 000 den größten Anteil. Jedoch ist auch der Besuch durch Ausländer von rund 198 000 im Jahre 1925 auf rund 194 000, also im 3000 Personen geringen. Unter den Auslandsfremden stehen die Amerikaner an erster Stelle, sie sind mit 29 405 Besuchern, das ist gegen 1925 ein Mehr von 8 458, vertreten. Alles in allem hat das Berliner Fremdenjahr 1926 die Hoffnungen, mit denen ihm alle am Fremdenverkehr interessierten Kreise entgegenzusehen hatten, nicht erfüllt. In der Hauptsache erklärt sich das aus den Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Lage.

Au der Berliner Börse ist am Dienstag auf dem Effektenmarkt ein Rückschlag eingetreten. Die Kaufkraft des Publikums ist auf verschiedenen Gebieten wesentlich zurückgegangen. Immerhin war infolge der Materialknappheit die Widerstandskraft der Börse nur in geringem Umfang abgeschwächt, sobald die Kursrückgänge keine besondere Ausbeutung gewannen. Der Satz für künftiges Geld war 3 bis 5 Prozent, für Monatsgeld 5% bis 6% Prozent. Der Privatdiskont blieb unverändert.

Herm. Mühlberg

Ab

28.

Januar 1927

Mein

Inventur-

Ausverkauf

Wallstr. · Webergasse · Scheffelstr.

Dresden

Seibbrauner Bischer
am Montag entlaufen,
Näheres an das Tage-
blatt Niels.

Einfach möbl. Zimmer
für 100. zu mieten gesucht.
Adress. erbet. unt. 8 4888
an das Tageblatt Niels.

Möbl. Zimmer
sogleich zu mieten gesucht.
Offerten unter T 4590
an das Tageblatt Niels.

Einfach möbl. Zimmer
Bismarckstr., Nähe Bau-
fischer Str., gesucht. Off. u.
N 4588 a. d. Tagebl. Niels.

Biete an
4-Zimmer-Wohnung in
Döbeln.
Suche gleiche in Niels.
P. Fritz Rühle
Möbeltransport.

Zuchiges
Zimmermädchen
sowie älteres Küchen-
mädchen für Hotel nach
auswärts gesucht.
An erst. im Tagebl. Niels.

Älteres Mädchen
oder einfache Stütze
erfahren in allen häus-
lichen Arbeiten, selbständig
im Kochen, für 15. Febr.
od. später bei hohem Lohn
gesucht. Waisfrau und
Hilfe vorhanden.
Frau Kommerzienrat Brodt
Waldheim G.

Selbständiges älteres
Hausmädchen
mit Kochkenntnissen für
sogleich gesucht. Mit Zeug-
nissen vorzustellen bei
Frau Wädel, Niels
Bismarckstraße 31.

Die Zeitungs-Anzeige
übertrifft
an Schnelligkeit alle
übrigen Stellarten

Pianist und Geiger
(Dresdener Künstler) vom
1.-15. Februar 1927 noch
frei für Konzert u. Konz.
Orchest. unter „Wulf“ bis
Sonnenabend, 30. Jan. 27
an Volkst. II, postlagernd.
Wolferjung, evtl. Vertreter
übernimmt gutbez. schriftl.
Komm.-Geschäft
Rückporto erb. Ernst Kunz,
Dinslaken 52 (Geden).

Nutliches.

Die im Jahre 1926 aufgetretenen großen Scharen von Rücken machen es unbedingt notwendig, daß die zurückgebliebenen, sich namentlich in Kellern, Sälen und anderen Schlafwinkeln aufhältlichen Rücken bis zum März vernichtet werden. Dies ist schon wegen der mehrfach durch Wunden verursachten Gefahren für die Gesundheit der Menschen erforderlich.

Die Art der Vernichtung der Rücken wird den Gemeinden überlassen. Sie erfolgt zweckmäßig

durch Besprühen mit Chemikalien oder durch Abwachen oder Abreiben der Schlafwinkeln (Wände und Decken), oder wo dies wegen Feuergefahr nicht angängig ist, durch Abwischen der Wände und Decken mit einem feuchten Luche, dergestalt, daß etwa vorhandene Rücken zerdrückt werden. Das Auswachen kann auch unter anderem leicht mittels eines in Spiritus getränkten Wattebauschs oder einer Spirituslampe geschehen. Maßnahmen zur Vernichtung von Rücken sind unverzüglich durchzuführen.

Die Gemeinderäte sind für die ordnungsgemäße und ausreichende Ausführung der Bekämpfung mit verantwortlich. Die Amtshauptmann-

schaft behält sich ausdrücklich vor, in Zusammenhandlungsgesällen mit Ordnungstrafe bez. Sanktionen gegen Säumige vorzugehen.

F. Großenhain, am 24. Januar 1927.
Die Amtshauptmannschaft.

Für 1. April suchen wir
einen
Lehrling
achtbarer Eltern mit guten
Schulkenntnissen.
F. W. Thomas & Sohn.

1-2
Electro-Monteur
steht sofort ein
Max Arnold
Electrotechn. Beschäftigter.

Ein verdrängtes Kunstwerk auf der Jahresschau zu Dresden 1927. 'Das Papier'.

Von Dr. Otto Reubner.

In unserer Zeit des höchsten Fortschritts aller Techniken und Künste...

Die geringe Bekanntheit der Wissenschaft mit ihrer Technik...

Grundriss hat Friedrich der Große sich einen Vorkater...

Es ist das Verdienst von Dr. George Didjinson durch sein...

In Deutschland, Frankreich, Italien, Holland usw. ist man...

riß des Großen weiß man in Berlin so gut wie nicht.

Die Papiermacherei in Deutschland ist dabei jedenfalls...

Die moderne Welt hat uns das Papier in 1841er Form...

Auch sonst fehlt es nicht an gelegentlichen literarischen...

Leid in einem Wettbewerb zwischen einer unvollständigen...

Das unsichtbare Licht.

Eine weltbewegende neue Erfindung von Dr. R. N. Engstrand.

Kürzlich eine die Notiz durch die Blätter, daß man neue...

Jetzt erzählt man Anekdoten über diese Erfindung, die...

Sein Erfinder ist ein junger schottischer Ingenieur, John...

Der neue Apparat heißt 'Televisor'. Er wirkt unsichtbar...

Die beiden Journalisten wurden in zwei angrenzenden...

Jetzt wurde der unsichtbare Strahl nach dem Erfinder...

Dann wurden die beiden Besucher aufgefordert, die Plätze...

Immer wieder muß das Interesse an dieser Erfindung...

Gegenwärtig ist die Bedeutung der neuen Erfindung...

Scheinehe.

Roman von J. Steele.

4. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Aber ich weiß nicht, sie kam mir ein bißchen sonderbar...

„Andererseits lehte, leiste Hoffnung verankert in tiefer Nacht...

„Das Geheimnis wurde immer dunkler. Aus allem, was die...

„Hat Herr Hartwig Ihnen gesagt, daß er Herrn Jollenberg...

„Aber er hoffte, ihn in ungefähr 2 oder 3 Wochen kennen zu lernen...

„Aber Herr Hartwig hat mich gefragt, ob Herr Jollenberg...

„Aber er hoffte, ihn in ungefähr 2 oder 3 Wochen kennen zu lernen...

„Aber Herr Hartwig hat mich gefragt, ob Herr Jollenberg...

„Aber er hoffte, ihn in ungefähr 2 oder 3 Wochen kennen zu lernen...

„Aber Herr Hartwig hat mich gefragt, ob Herr Jollenberg...

„Aber er hoffte, ihn in ungefähr 2 oder 3 Wochen kennen zu lernen...

„Aber Herr Hartwig hat mich gefragt, ob Herr Jollenberg...

„Aber er hoffte, ihn in ungefähr 2 oder 3 Wochen kennen zu lernen...

in Betracht, die es begangen haben könnten, denn nur...

3. Kapitel.

„Eine Postkarte“

Als er sich wieder in der frühen Luft, im warmen...

Das war es auch, was Gerhard so sehr beunruhigte...

Als betrug die Rosenheide durch ihn, so viel stand...

Und dennoch, wenn seine Gedanken zu der Stunde...

Und während er so nachdachte, verfuhr er sich...

Er zwang seine Gedanken zu der Zigarettenruhe zurück...

bereits gesehen! Und wer, sei er auch noch so vor...

Das Opfer war zu seinem Gunsten mit einer hübschen...

Außerdem lag noch eine dritte Möglichkeit vor, näm...

Andererseits überlegte, daß es von Wichtigkeit sein...

Dr. Hecht kam gerade aus seinem Haus, und An...

„O, Herr Doktor,“ sagte er, „ich wollte eben noch einmal...

„Gewiß,“ versetzte Dr. Hecht, „kommen Sie nur herein...

Wahrlich, das ist ein Schicksal herbei und langsam...

Wer ist berechtigt, die Erhaltung von Lohnsteuer-Abzügen für das Jahr 1926 zu fordern?

Ob, solche Erhaltungen kommen nicht mehr in Betracht, wenn der Steuerpflichtige infolge Gewerkschaftsbeitrags, Streiks oder aus anderen Gründen während eines Teils des Jahres keinen Verdienst gehabt und demgemäß auch keine Steuern entrichtet hat, so daß für diese Zeit der Anteil an dem steuerfreien Existenzminimum von 1200 RM jährlich nicht hat gutgebracht werden können. Die Erhaltung erfolgt auch in diesem Jahre wiederum unter Grundbedingung von Vorkäufen.

Die neuen Sätze weisen im Vergleich zum Vorjahre eine härtere Staffelung auf und gehen auch in ihrer Höhe über die vorjährige hinaus. Für jede volle verdienlose Woche werden erhalten für Ledige 2,40 Mark, Kinderlos Verheiratete 2,85 Mark, mit einem Kind 2,90 Mark, zwei Kindern 3,25 Mark, drei Kindern 4,20 Mark, vier Kindern 5,75 RM, fünf Kindern 7,70 Mark, sechs Kindern 9,60 Mark, sieben Kindern 11,50 Mark, acht Kindern 13,45 Mark. Neben in Fällen der Verdienlosigkeit können Erhaltungen auch beim Vorliegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse, wie Krankheit, Kindererziehung, Verhinderung usw. beantragt werden, falls nicht diesen Umständen durch Erhöhung der steuerfreien Beiträge bereits Rechnung getragen worden ist. Schließlich können Erhaltungen auch dann verlangt werden, wenn das gesamte Einkommen hinter dem Betrage des steuerfreien Existenzminimums von 1200 Mark jährlich für den Ledigen (1400 Mark für den Verheirateten mit einem Kind, 1600 Mark mit zwei Kindern, 2100 Mark mit drei Kindern, 2600 Mark mit vier Kindern, 3100 Mark mit fünf Kindern, 3700 Mark mit sechs Kindern, 4300 Mark mit sieben Kindern, 4900 Mark mit acht Kindern) zurückbleibt, gleichwohl aber Steuern einbehalten worden sind. In solchen Fällen ist der volle Steuerbetrag zu erstatten, während beim Vorliegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse der zu erstattende Betrag durch das Finanzamt festgesetzt wird.

Erhaltungen kommen natürlich nur insoweit in Frage, als 1926 überhaupt Steuern entrichtet worden sind. Anträge sind in der Regel unter Benutzung eines bei dem Finanzamt des Wohnortes zu holen. Dem Antrag ist stets die Steuerkarte für 1926 beizufügen. Außerdem sind je nachdem ob Steuermarken gefordert oder die Steuer im Ueberweisungsfahren abgeführt worden ist, auch die Markenblätter oder die Taxidokumente der Lohnsteuer-Ueberweisungsstellen 1926 beizufügen. Beides ist vom Arbeitgeber abzufordern. Endlich sind noch die erforderlichen besonderen Beweismittel beizufügen, wie in Krankheitsfällen Bescheinigungen der zuständigen Krankenkasse, bei Erwerbslosigkeit die Erwerbslosen-Kontrollkarte oder ein anderer Ausweis der Erwerbslosen-Fürsorgebehörde, bei Streiks und Aufhebungen ein Ausweis der Gewerkschaften, bei besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen die hierfür erforderlichen Unterlagen. Bei größeren Beträgen können die Erhaltungen im Einverständnis mit dem Finanzamt auch gemeinsam für alle beteiligten Arbeitnehmer durch den Arbeitgeber beantragt werden.

Steuererhaltungen für 1926 müssen in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1927 beantragt werden.

Girchler's Verleumdungsprozeß.

Oba. Berlin. Nach mehrmaliger Vertagung hatten sich am Dienstag wegen fortgesetzter öffentlicher Verleumdung des preussischen Polizeipräsidenten Girchler der verantwortliche Redakteur des „Deutschen Tageblattes“, Dr. Jul. Pippert und der Schriftleiter des „Sakentragers“, Karl Radoff, zu verantworten.

Es handelte sich um die Angriffe des öffentlichen Landtagsabgeordneten Gieseler, der dem Minister vorgeworfen habe, anlässlich einer Dienstreise nach Wien einen alkoholischen Exzess begangen zu haben und hierüber polizeilich festgestellt worden zu sein. Als der erste Verhandlungstermin nahtend sollte, fielen die beiden Angeklagten nach dem Ausland. Gegen sie wurde ein Haftbefehl und Steckbrief erlassen. Dr. Pippert stellte sich dann dem Gericht. Sein Wahrheitsbeweis mißlang. Der in Wien kommissarisch vernommene Prof. Otto, auf den sich die Angeklagten besonders berufen hatten, erklärte, daß der Abg. Gieseler ihm in stivoller Weise eine eidesstattliche Versicherung abgelegt und ihm gegenüber eine Vergewaltigung und Erpressung begangen habe. Auf lebenslängliches Witten Gieseler habe er aus Gutmütigkeit lediglich für interne Zwecke ihm eine eidesstattliche Versicherung ausgestellt, keinesfalls aber zur Verwendung vor Gericht.

Der als Zeuge vernommene Abg. Gieseler erklärte, daß Prof. Otto gelegentlich einer Fraktionssitzung von dem angeklagten Wiener Vorfall erzählt und sich genauen Materials gerührt hätte. Er mußte aber zugeben, daß er Prof. Otto genötigt hätte, ihm eine eidesstattliche Versicherung zu geben.

Als nächster Zeuge wurde der preussische Polizeipräsident Girchler gehört, der die in den inkriminierten Artikeln enthaltenen Angaben über seine Wiener Reise auf das Bestimmteste zurückwies.

Staatsanwalt Dr. Richter beantragte mit Rücksicht auf den krankenden Inhalt der Artikel gegen beide Angeklagte eine Gefängnisstrafe von neun Monaten. Nach längerer Beratung verurteilte das Schöffengericht den Angeklagten Radoff zu sechs Monaten Gefängnis und den Angeklagten Dr. Pippert zu 3000 Mark Geldstrafe, da der Wahrheitsbeweis mißlingt und das Gericht der Ansicht sei, daß die geschriebenen Vorgänge in Wien sich tatsächlich nicht abgespielt hätten. Bei Dr. Pippert habe man nur auf Geldstrafe erkannt, weil er den inkriminierten Mitteln des Prof. Otto Glauben geschenkt habe. Das Urteil ist im „Deutschen Tageblatt“, in der östlichen Zeitschrift „Der Sakentragers“ und der „Germania“ zu veröffentlichen. Ferner ist die Unbrauchbarmachung der vorhandenen Exemplare und Druckplatten der inkriminierten Artikel vom Gericht angeordnet.

China und die deutsche Mission.

Set. Unter den sich überdrückenden Meldungen aus China ragen immer wieder besonders hervor die Berichte über Belästigungen, ja Bedrohungen von Missionarinnen. Wenn an einer Stelle die Kirche und Missionarshäuser verbrannt werden, wenn in Schanghai unter anderen Umständen auch eine ganze Reihe von englischen Missionarinnen sich befinden usw., so zeigt dies alles doch deutlich, daß eine solche und weitverbreitete Verfolgung gerade aus der Missionstheorie entspringt. Wie ist sie zu erklären?

Der übertriebene Nationalismus, der heute im chinesischen Volk tobt, und durch die bekannten Vorgänge in Schanghai und auch bei der Europerinfahrt Schamien in Kanton, wo beide Male Blut vergossen wurde, wie auch durch die Verhinderung von Wandern durch die Engländer außerordentlich geschärft worden ist, richtet sich in steigender Weise gegen alle Engländer, es seien Kaufleute oder Missionare, wobei Amerikaner als Leute der gleichen Ordnung nicht ausgenommen, als daß sie wirklich mitgetroffen werden sollen. Dagegen drängt der sowjetrussische Druck auf die chinesische Jugend auch ganz bewusst auf ein Vorgehen gegen die Missionararbeit. Und da wird im Grunde kein Unterschied zwischen den verschiedenen Natio-

Turnen — Sport — Spiel — Wandern.

Sport-Verein Sportlust 24 e. V. Niefa.

Am vergangenen Sonntag wurden nach Abgabe von 20. Baujahr 1. nur folgende Spiele ausgetragen: Die Tomb. 2. und 3. mit Ergebnis ein Rückspiel gegen Pöbelner SG. 4. Trotz der erkrankten 8 Mann war es den Sportlustern ob ihres großen Eifers und ihrer besseren Spielweise möglich, Pöbeln mit 7:4 (3:1) zu schlagen.

1. Jugend- und 2. Jugend-Spiele.

Nur dem schlammigen, schweren Boden an der Walbe war es den beiden Mannschaften unendlich schwer zu erliegen, wodurch sich ein geradezu Unentschieden zuwege kam. Die 2. Jugend hatte „Vollw.“ Weidenberg 1. Jugend an Seite und konnte die Beute vom Gibe-Sitzer-Bau mit 2:0 aus dem Felde schlagen. Belackert wurden gut anstehende Leistungen gemeldet.

Vorhaben:

Dem Sport-Verein Sportlust ist es gelungen, für kommenden Sonntag die Rekruten des Mitteldeutschen Reichsverbandes Sport-Club u. a. mit dem Hlan-Spielern Jung (Tor), Wogin (Verteidiger) und Gärtner (Türmer) nach Niefa zu gewinnen. A-2.

Niefaer Sportverein e. V. Abteilung für Jugendpflege.

Fußball-Club Niefa 1. Junioren- und 2. Junioren tragen am kommenden Sonntag in Niefa, vor dem Treffen 20. Niefa 1. — 2000, 1.

Das 10. Verbands-Spiel aus. Für den Jugendmeister wird es ein schwerer Gang und nur mit bester Mannschaft wird es ein Sieg sein, dem Gegner, der sich in letzter Zeit sehr herausgemacht hat, ein gleiches Spiel zu liefern. Der letzte Sieg war der sehr kleine Sieg, der dem Jugendmeister sehr wenig bezaugt, eine bedeutende Rolle. Das letzte Spiel in Niefa gewonnen die Niefaer knapp mit 1:0.

Niefaer Sportverein 2. Jun. — 20. Niefa 1. Jun.

Vormittags 10 Uhr treffen sich am Platz am Bürgergarten ob der Mannschaften im Verbands-Spiel. Die Niefaer werden bestrebt sein, ihre 1. S. in Niefa erlittene Niederlage wieder gutzumachen. Was gegen Strebler gelang, mühte auch gegen Niefa möglich sein.

Am Donnerstag abends 8 Uhr beteiligt sich die Abteilung vollständig in Niefa am Vortrag des Verbandsfußballers James Ogan. Keiner der Jugendlichen sollte sich diesen Vortrag entgehen lassen. Wer fehlt, hat seinen Anspruch auf Teilnahme am Spiel am Sonntag. Nach dem Vortrag findet in Niefa anschließend eine kurze Jugendversammlung betr. der Verbands-Spiele statt. Freitag fällt Versammlung aus. (S. Vereinsnachrichten).

50. Geburtstag eines Führers der deutschen Luftfahrt.

Dieser Tage feiert eine der führenden Persönlichkeiten der deutschen Luftfahrt ihren 50. Geburtstag, Direktor Martin Bronski, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Luftfahrt. Direktor Bronski ist aus dem Militärberufe hervorgegangen. Seit dem Jahre 1919 ist er in der Verwaltung der deutschen zivilen Luftfahrt tätig und damit überhaupt in der gesamten europäischen Handelsluftfahrt mit der dritthöchsten Mitarbeiter. Von Anfang an betrachtete er als sein einziges Ziel die Reglung der Verkehrsorganisation (Post, Luft, Post, Luft).

Deutsche Stimmrechtskarte 1927.

Der Deutsche Stimmrechtsverband fordert das Programm für die große Weistimmrechtsveranstaltung, die in der Zeit vom 11. bis 14. Februar bei ungünstigem Wetter acht Tage später, in Garmisch-Partenkirchen stattfinden soll. In diesen Tagen sollen, wie der Nachrichten dienst der Reichszentrale für Deutsche Weistimmrechtsarbeit meldet, mehrere Stimmrechtskarten zum Auszug gelangen, an ihrer Spitze die Deutsche Stimmrechtskarte für 1927, die von Martin

nen gemacht. Hier hat man auch die deutsche Mission, die sonst bewahrt in Ruhe gelassen wurde.

Die deutsche Mission hat gerade in den Gebieten, die zur Zeit in den Händen der Schöngeneration sind, ihre bedeutendsten Arbeitsfelder. An Missionaren, Missionarinnen, Missionarinnen und Missionarinnen sind dort insgesamt über 200 deutsche Arbeitskräfte auf 60 Stationen am West- und Ost-Asien, 10000 Schüler, 30000 erwachsene Gemeindeglieder, 1/3 von noch über 10000 Kinder werden von den Missionaren mit einem großen Maß von eingeborenen Predigern versorgt. Und alle diese Stationen sind im Gegensatz zu den oben erwähnten Vorposten unbedeutend gebildet.

Der deutsche Missionar hat sich nicht gebildet, seine Arbeit irgendwo mit politischen Bestrebungen zu verknüpfen; nur darin kann man den Grund dieser Stellungnahme finden. Denn gilt es, mit seinem Tagelohn die berechtigten Empfänger der Missionen zu schonen, ohne doch der Europäermärkte etwas zu vermissen, kritisch-brüderlich zu arbeiten und doch zu helfen. Für die Heimat aber gilt es, die sich leicht bietenden Gelegenheiten nicht ungenutzt vorbeizulassen zu lassen, wo der Untergrund, den der Chinese zwischen deutscher und anderer Missionararbeit macht, aus den Missionaren in Deutschland deutlich zeigen muß, daß die deutsche Mission brauchen eine Aufgabe zu erfüllen hat und sie bisher auch erfüllt hat.

Die Gestaltung des kaufmännischen Stellenmarktes im neuen Jahr.

Die Wirtschaftslage hat im Januar eine wesentliche Besserung nicht erfahren. In der Metallindustrie sind die Beschäftigungsverhältnisse nach wie vor uneben. Im allgemeinen hält die günstige Konjunktur in den Häfen- und Holzwerken im rheinisch-westfälischen Industriegebiet an, während die Besserung in der Maschinenindustrie dort schon wieder zum Stillstand gekommen zu sein scheint. Umfangreiche Abminderungen von Angestellten erfolgten bei Krupp. Sonst liegen Meldungen über Personalveränderungen nur in geringererem Umfange aus Berlin, Chemnitz, Köln, Mannheim und einigen kleineren Städten Süddeutschlands vor. In Rastenburg geriet eine der bedeutendsten Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen in Konflikt. Ähnliche Meldungen kommen aus Stuttgart, wo Auftragsaufträge die Metallindustrie belebt haben. Günstigen, Halle und aus der Maschinenindustrie Wismars. Gut scheint das Geschäft in der Automobilindustrie zu sein, wie Berichte aus Jülich und von anderen Orten belegen. Demnach, Mannheim hat ausgeproben Kundigungen wieder zurückgenommen. Citroen erwidert in Köln einen Fiskusbescheid, für den Arbeitskräfte benötigt wurden. Für kaufmännischen Personal zeigt sich die Metallindustrie im allgemeinen etwas mehr aufnahmefähig. Sehr zu beklagen sind die süddeutschen Betriebe der J. G. Farbenindustrie A. G., wo auch Personalveränderungen erfolgten. Aus der Textilindustrie lauten die Nachrichten weiterhin

Denner-Partenkirchen zu vertrieben ist. Weiter nach in dem Programm die im Vorjahre wegen ungenügender Beschäftigung zum Auszug gelangene Weistimmrechtskarte der Weistimmrechtsarbeit, ferner die Deutsche und Österreichische Weistimmrechtsarbeit und die Weistimmrechtsarbeit des Reichsverbandes. Für die Bemerkung um die Deutsche Weistimmrechtsarbeit sind nur ungenügende Käufer der ersten Klasse und der Weistimmrechtskarte des DSB, sowie der entsprechenden Klassen aller vom Internationalen Stimmrechtsverband anerkannten Verbände.

Reiseplan und Räte in den Bergen. Ueberall ausgedehnter Winterport.

Die am 25. Januar bei der Reichszentrale für Deutsche Weistimmrechtsarbeit eingetroffenen, telegraphisch übermittelten Weistimmrechtsarbeiten aus den deutschen Bergen zeigen übereinstimmend, daß das vorjährige Winterportweitererung anhielt. Bei leichter Räte behielt auch in den Mittelgebirgen die Weistimmrechtsarbeit und die Weistimmrechtsarbeit des Reichsverbandes die besten Winterportmöglichkeiten. — In Oberbayern liegt Reuschnitz bei 2 Grad Höhe. Garmisch-Partenkirchen meldet daher sehr gute Eis- und Rodelbahnen. — Der Weistimmrechtsarbeit im Schwarzwald bietet zur Zeit ein selten schönes Winterbild. Die Schneehöhe im Schwarzwald beträgt bis 120 Zentimeter. — In den Gebirgen Mitteldeutschlands, z. B. in der Höhe, im Fichtelgebirge, in Thüringen und dem Harz ist prächtiges wolkenloses Wetter eingetreten, so daß bei Räte von durchschnittlich 5-6 Grad sehr gute Eis-, Rodel- und Rodelbahnen bestehen. — Im Erzgebirge ist das Wetter zur Zeit noch etwas bewölkt. Auch hier besteht bei leichter Räte Weistimmrechtsarbeit und sehr guter Winterport. — Auch aus den schlesischen Bergen wird sehr guter Winterport gemeldet.

Wissens- und Sportwettbewerb.

Deutschland schlägt Polen 2:1 (1:1).

In dem am Dienstag in Wien ausgetragenen Eishockey-Spiel Deutschland-Polen erzielte Jaenecke für Deutschland in der 16. Minute durch Weistimmrechtsarbeit den ersten Treffer. Die in der nächsten Minute gelang es den Polen, durch Adamowski auszugleichen. In der zweiten Spielhälfte schloß wieder Jaenecke den siegreichen Treffer. Die Polen zeigten sich als vollkommen ebensolche Gegner der Deutschen, die jedoch infolge des am Montag stattgefundenen schweren Spiels gegen die Eishockeywelt anfangs nicht auf voller Höhe waren. Bei den Polen waren die besten Leute Adamowski und Lupański sowie der Torwächter Gosticki. Bei den Deutschen war Jaenecke in besonderer blühender Form. Als einwandfreier Schiedsrichter waltete der Belgier Poqueux seines Amtes. Dem Weistimmrechtsarbeit wohnten etwa 2000 Zuschauer bei.

Ranglist der Internationalen Eishockey-Liga.

Im Saalhaus für Niederbarnheim tagte gestern der Kongress der Internationalen Eishockey-Liga unter dem Vorsitz des Belgier Poqueux. Vertreten waren Belgien, Deutschland, Österreich, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Ungarn, Polen, die Eishockeywelt und die Schweiz. Vor Eröffnung der Tagesordnung hielt der Präsident eine Ansprache in deutscher Sprache, — es war dies das erste Mal seit seiner Präsidentschaft — in der er betonte, daß es ihm besonders freue, im gastlichen Wien den Kongress abhalten zu dürfen. Er sagte weiterhin: „In einem Augenblick, da Europa sich unter den letzten Judungen der großen Erschütterung wieder erhebt, ist es notwendig, daß alle Weistimmrechtsarbeiten sich zusammenschließen, um den von allen so heiß ersehnten Frieden engherzig herbeizuführen. Gerade die Sportleute tragen mit ihren internationalen Veranstaltungen ihr zur Teil dazu bei.“ — Bezüglich der nächsten Olympiade in St. Moritz wurde darüber beraten, wie man es ermöglichen könne, daß 15 Nationen innerhalb von 10 Tagen die Weltmeisterschaft durchführen können. Bei den Neuwahlen wurde zum Präsidenten Poqueux-Belgien, zum Vizepräsidenten Müller-Davos, zum 2. Vorsitzenden Mulquans-Belgien und zum Sekretär Poplimond-Belgien gewählt.

günstig. Barenhäuser zeigten wegen Ausverkauf Personalbedarf. Sonstige Meldungen aus dem Handel berichten von Personalveränderungen in Köln und Halle und dem Hamburger Mineral- und Maschinenhandel. Schlicht ist die Lage im Hamburger Kohlenhandel, weil Abnahmefähigkeiten für englische Importkohle wegen mangelnden Bedarfs an Hausbrand und anderweitiger vertraglicher Einbindung der Industrie nicht vorliegen. In der Schiffahrt erfolgten Entlassungen in Bremen durch Auflösung der Vertretung der H. S. Lines und in Hamburg bei den Hugo Stinnes Linien. Im Schiffbau sind die von der Vulkanwerft in Eutin ausgeprochenen Abminderungen von Angestellten zurückgenommen worden; auch Schichau, Elbing, ist durch einen Nebenvertrag besser beschäftigt. Bei Banken und Kreditinstituten erfolgten Entlassungen in Berlin, Frankfurt, Wiesbaden und Stuttgart, in Wiesbaden zeigte sich indessen auch Personalbedarf für Abschlußarbeiten. Auch im Januar ist die Nachfrage nach Verkäufern aller Geschäftszweige, nach jungen tüchtigen Eisenbahnisten und nach Kaufleuten wieder sehr lebhaft. Buchhalter wurden in Berlin, Stuttgart und Dresden besonders getordert. Vertriebsstellen wurden auch Ausbildaftreite in größerem Umfange verlangt.

Im großen ganzen ist zu sagen, daß die erwartete stabilere Gestaltung des kaufmännischen Arbeitsmarktes eingetreten ist. Die Gesamtbedingungen Ende Dezember liegen nach den Beobachtungen der kaufmännischen Stellenvermittlung des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes unter den günstigsten Verhältnissen des Vorjahres. Dementsprechend ist auch der Bewerberandrang geringer geworden. Die Zahl der Stellenangeboten ging bei der genannten Stellenvermittlung z. B. um nahezu 1/2 v. S. zurück. Auch das Angebot gebildete Personal ging weiter auf 1/3 zurück, wobei zu beachten ist, daß sie für einige Beschäftigungsarten, wie Verkäufer, Kassierer und Stenographen, noch wesentlich günstiger war. In verschiedenen Orten bestand sogar Mangel an geeigneten Bewerbern für diese Posten.

Wetter-Verein Oberwiesenthal im Garmisch. Tel. 335. Wetter-Bericht vom 25. Januar 1927, früh 7 Uhr.

Temperatur	Barometer	Windrichtung	Schneehöhe	Sport-Beschäftigung
5°	760	SW	40 cm	erschaffen
4°	760	SW	140 cm	erschaffen

Anmerkung: Reuschnitz. Partischer Sonnenschein. Kaufprell-landchaft. 20. 1. 1927 Schaufspringen.